

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Befreit uns von dem »Knitter-Brandt«

Klaus Harpprecht



(*1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

Hey, rief mein christdemokratischer Nachbar über den Zaun: Großes Jahr für Sie! 150 Jahre SPD – und 100 Jahre Willy! Doppeljubiläum – kommt selten vor. Vergesst den Brandt mal nicht. – Wie das? – Sein Bild, sagte der Nachbar, werde blasser. Er ist kein Merkel- und kein Kohl-Typ. Einer, der geistig noch in den Gründer-Jahren der CDU zuhaus ist, als sie über einen starken linken Flügel verfügte. Von dessen Chef, Karl Arnold, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, glaubten wir jungen Bonner Korrespondenten damals, dass er eines Tages den Alten von Rhöndorf beerben könnte, gestützt auf die »Sozialausschüsse«, das Gegengewicht zu Ludwig Erhard, der auf den Wolken seiner ewigen Zigarre über dem deutschen Westen schwebte, und zum Bankier und CDU-Politiker Robert Pferdmenges, der diskret den rheinischen Kapitalismus dirigierte (und die Bonusgier seiner Nach-Nachfolger tief verachtet hätte).

Der Nachbar war mit mir einig, dass die Bundesrepublik vom Glück gesegnet war, von zwei Kanzlern regiert zu werden, die von der Fantasie der Leute ins Legendäre erhöht wurden, in jene leise vernebelten Sphären, in denen sich Geschichte ins Mythische übersetzt. Beide hätten diesen Prozess als unangemessen betrachtet, zumal Willy, der niemals vergaß, mit welchem Hass ihm die Rechten begegnet waren – nach, neben, ja mit den Stalinisten in der DDR und anderswo. (»Brandt, an die

Wand!« stand damals auf Mauern geschrieben, nicht nur in Bayern.)

Doch in der Herbstwahl 1972 war es ihm gelungen, das junge, offene Bürgertum für die Ostpolitik und die dringendsten der Reformen zu gewinnen. Durch die Eroberung der Mitte – dort, wo Wahlen entschieden werden – bescherte er der SPD den eindrucksvollsten Sieg ihrer Geschichte. Die Mehrheit der Bürger hat ihn schließlich zu respektieren, ja zu verehren gelernt.

Warum sollte er nun, wie der Nachbar meinte, im Souterrain des halben Vergessens verschwinden? Sind nicht in der Republik genug Plätze, Straßen, Brücken (und nun gar ein gigantisch verbauter, sündhaft teuer und unnützer Flughafen) nach ihm benannt? Stehen nicht genug Biografien in den Regalen, darunter die von Peter Merseburger, die gleichen Ranges wie die gepriesene Adenauer-Biografie von Hans-Peter Schwarz ist? – Ob mein gewitzter Nachbar nicht doch lieber den Koloss von Oggersheim (statt Brandt) als Adenauers Enkel und den wahren »Kanzler der Einheit« etabliert sähe, den Erben Bismarcks, in dem man freilich auch (wie der Autor dieser Zeilen) den Ursünder der europäischen Katastrophen erkennen mag, den großpreußisch-kleindeutschen Architekten, der mit Dynamit statt Mörtel gebaut hat?

Kohl aber darf und soll als ein Baumeister Europas geehrt werden, der instinktiv begriff, dass der neue kleindeutsche Riese in der Mitte des Kontinents für die Nachbarn nur zu verkraften ist, wenn er seine Dynamik auf eine europäische Föderation überträgt – eine Pflicht der Vernunft, die Brandt durchaus bewusst war, als er im Februar 1972 die Resolution des Rates der Europäischen Gemeinschaft »über die schrittweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion« unterzeichnete, die nicht nur die völlige Öffnung des

Binnenmarktes, sondern auch die Gründung einer Europäischen Zentralbank verlangte. Bis 1980 wollte man die Union aus der Taufe heben. Es dauerte, wie man weiß, etwas länger. Immerhin konnten die Finanzminister Helmut Schmidt und sein französischer Kollege Giscard d'Estaing die europäische »Währungsschlange« kreieren – das heißt: die Fixierung der Wechselkurse mit einem begrenzten Spielraum. Dennoch: der mühsame Weg zur deutschen Einheit, die Kohl sozusagen in den Schoß fiel – wobei er die Chance der Stunde mit hellwachem Gespür zu nutzen wusste – wurde durch Brandts Ostpolitik gebahnt: die Frucht seiner konsequenten Entspannungs- und Friedenspolitik. Das weiß auch Helmut Schmidt, der das Werk – trotz der Konflikte um die »Nachrüstung« – auf seine Weise fortgeführt hat.

Dennoch muss gefragt werden, ob Willy Brandt – neben, nach oder vor Lassalle und Bebel die bedeutendste Gestalt der deutschen Sozialdemokratie – in der eigenen Partei noch ganz präsent ist. Und wenn, dann wie? Bei der Lektüre des Regierungsprogramms etwa reibt sich unsereiner die

Augen und fragt, ob manche Passagen nicht von Formulierungs-Artisten stammen, die das europapolitische Erbe Brandts nicht angemessen zu aktualisieren verstehen. Jedenfalls kann der National-Etatismus der französischen Genossen, der gewiss nicht zu einem starken, föderativen Europa führt, kein Vorbild sein.

Welches Brandt-Bild trägt das Parteihaus via Television ins Land? Den »Knitter-Brandt« im Foyer, der doch nur eine Facette seiner komplexen Persönlichkeit darstellt: den gedankenschweren, den fragenden, den zweifelnden, den melancholischen Brandt, den es wahrhaftig gab. Es gab aber auch einen anderen. Denn nur mit dieser grüblerischen Bescheidenheit wird keiner so leicht Regierender Bürgermeister, Außenminister, Bundeskanzler, behauptet sich keiner fast ein Vierteljahrhundert als Vorsitzender der Partei. Dazu brauchte es einen, den sein Schöpfer mit einem kräftigen Instinkt für die Macht versehen hatte (auch für ihre Grenzen). Mit dem Willen, Macht auszuüben – auf seine Weise. Selten hieb er mit der Faust auf den Tisch, weil das den Tisch in der Regel wenig beeindruckt

(wie er sagte). Doch Machtworte sprach er durchaus, wenn es nicht anders ging. Oder er nutzte das schrecklichste seiner Machtmittel: Er schwieg den Kontrahenten zu Boden. Diesen, den entschlossenen, kraftvollen Brandt sollte man im Parteihaus vor Augen haben, und es müsste sich doch ein Künstler finden, der diesen Brandt zu gestalten vermag: ohne Heldenpose, aber als einen, mit dem man Wahlen gewinnt.

Und dann war ja da noch der andere sozialdemokratische Machtpolitiker, Herbert Wehner, der W.B. zermürbte und schließlich zu Fall brachte. Der von den Journalisten gern als »Zuchtmeister« Titulierte wusste wohl, dass er wegen seiner Vergangenheit niemals die Nummer eins der Partei oder gar der Regierung sein konnte, und versuchte ohne Zweifel, Brandt zu instrumentalisieren. Willy sollte, kraft seiner Popularität, der Ostpolitik die Mehrheit sichern und die nächsten Wahlen gewinnen. Danach war es Zeit, ihn loszuwerden.

Brandt und Wehner, das passte nicht zusammen. Brandt zog es vor, die sozialliberale Koalition zu bilden. Wehner hätte lieber die Große Koalition mit dem Ex-Halbnazi Kiesinger weitergeführt. Beispielslos der Affront, den Wehner sich in Moskau

erlaubte: just dort, wo er selber die tiefste Erniedrigung erlitten, wo er einst – auch das! – die Liquidierung der SAP-Freunde Brandts in der großen Säuberung protestlos registriert hatte. »Der Herr badet gern lau«, so kommentierte er hämisch Brandts scheinbare Schwäche.

W.B. hätte ihn ohne Zögern vor die Tür setzen sollen. Andere redeten ihm aber ein, er könne der Partei die Zerreißprobe nicht zumuten – und es sei keineswegs sicher, dass er sie gewinne. Dann bat Wehner, Brandt möge es »noch einmal mit ihm versuchen«. Willy beugte sich – und hatte damit verloren. Es fehlte nicht viel, dass Wehner ihn zwei oder drei Jahre später auch aus dem Sattel des Vorsitzenden gehoben hätte.

Bis heute ist die Haltung der Partei gegenüber den beiden nicht klar. Eine Klärung ist die SPD aber Willy Brandt und vor allem sich selber schuldig. Um in der kommenden Wahl einen Durchbruch à la Brandt im Jahre 1972 zu erzwingen, braucht die Partei jene geistige und moralische, jene theoriefern-vitale Freiheit, die von dem Manne ausging, der *Links und frei* als einen seiner Buchtitel wählte. Kurzum: Sie braucht ein offenes, offensiveres Verhältnis zum Erbe Brandts. ■

Gespräch mit Jürgen Trittin

»Soziale Gerechtigkeit gehört bei den Grünen zum Grundkonsens«

Jürgen Trittin, seit 2009 Vorsitzender der Grünen-Bundestagsfraktion und zuvor u.a. Bundesumweltminister, ist einer der beiden Spitzenkandidaten seiner Partei für die Bundestagswahl. Im Gespräch mit Thomas Meyer erläutert er die Ursprünge des Sozialen in der grünen Programmatik, die Schnittmengen und Differenzen zwischen Grünen und SPD und warum beide Parteien im Herbst jeweils für sich kämpfen sollten.

NG/FH: Herr Trittin, die SPD begeht ihr 150-jähriges Jubiläum. Ein Punkt, der sich in diesem Zusammenhang aufdrängt, ist die Frage nach den Abspaltungen von der

SPD im Laufe ihrer Geschichte. Manche vertreten nun die Meinung, dass die Grünen in gewisser Weise auch eine Abspaltung von der SPD darstellen. Wahr ist zu-